

den. Dies betrifft insbesondere die Kerosinbesteuerung sowie die Mehrwertsteuer. Hierbei steht die EU in der Pflicht, bi- und multilaterale Vereinbarungen können dies ergänzen. Wir wollen die Rahmenbedingungen so setzen, dass die öffentlichen Verkehrssysteme und die Verlagerung von Gütern von der Straße auf Schiene und Wasserstraße gesichert und – wo es umweltverträglich ist – verbessert wird.

12. Energiepreise und Marktmechanismen

Die Marktpreise für Energie bilden vielfach weder die langfristige Verfügbarkeit, noch potenzielle Risiken oder negative Umweltfolgen hinreichend ab. Die Internalisierung der externen Kosten der Energieversorgung ist weltweit bislang nur sehr unzureichend erfolgt. Eine nachhaltige und kostenoptimale Energiepolitik muss daher neben Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit auf die rationelle und sparsame Verwendung der knappen Ressourcen drängen. Preise sind dazu ein zentrales Instrument. Aufgrund der internationalen Verflechtung der deutschen Wirtschaft ist ein europäisch abgestimmtes Vorgehen unverzichtbar.

Im Rahmen der Überprüfung der bisherigen ökologischen Steuerreform werden wir ihre Effekte genau prüfen und Mehrfachbelastungen unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen und der Sicherung der Arbeitsplätze minimieren. Auch künftig sollen die Mittel nicht die öffentlichen Kassen füllen, sondern überwiegend aufkommensneutral „erstattet“ werden oder in die ökologische Modernisierung fließen.

Im Rahmen der ökologischen Finanzreform werden wir insbesondere ökologisch nachteilige Subventionen abbauen. Eine bessere Abstimmung der Instrumente sollen Lenkungswirkung und Zielgenauigkeit erhöhen. Bereits heute hat die Senkung der Lohnnebenkosten ca. 60.000 Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen, mittelfristig können es bis zu 250.000 werden. Der rückläufige Kraftstoffverbrauch zeigt, dass auch umweltpolitische Ziele erreicht werden.

Antrag 298

Landesverband Schleswig-Holstein

Verbraucherpolitik ist sozialdemokratisch

In einer sich wirtschaftlich, sozial und ökologisch rapide verändernden Welt müssen politisch klare Perspektiven den Weg für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes weisen.

Dazu wollen sie klar wissen, dass ihr Wohlstand gesichert wird und dass sie selbst Einfluss nehmen können auf den Umbau unserer Gesellschaft im Großen und auf den eigenen Konsum im Kleinen.

Die SPD steht für eine aktive Verbraucherpolitik als Motor für eine nachhaltige Zukunft unseres Landes und Europas. Die Verbraucherpolitik ist Teil und Baustein ihrer Reformagenda.

Für die SPD sind die Verbraucher wichtige Akteure für eine nachhaltige Entwicklung und aktive mündige Partner auf der Nachfrageseite einer innovativen Wirtschaft. Die SPD wird deshalb die Position der Verbraucher in einer globalen Wirtschaftsordnung stärken und damit ihren Schutz stabilisieren und verbessern. Sie wird die Verbraucher stärken, indem sie ihnen ermöglicht, eigenverantwortlich und bewusst zu konsumieren und aktiv am Umbau unserer Gesellschaft mitzumachen.

Die SPD wird den eingeschlagenen Weg der Reformen weitergehen. Unsere Perspektive für den notwendigen Umbau und die Entwicklung unserer Gesellschaft ist klar. Die Bundesregierung hat mit ihrer Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland diese Perspektive formuliert. Jetzt gilt es, sie umzusetzen.

Die SPD will eine soziale Marktwirtschaft, in der der Markt dem Verbraucher dient. Für uns ist der Markt kein Selbstzweck.

Die Verbraucher sollen in allen Politikbereichen mitwirken und teilhaben. Dies gilt für die Modernisierung des Gesundheitssystems und eine gesunde Ernährung genauso wie für die Entwicklung von Internet und

Telekommunikation, für eine kräftige Bauwirtschaft, für eine moderne Energieversorgung und einen bedarfsgerechten Verkehr, für bessere Bildung und für einen nachhaltigen Konsum. Nur bewusste Verbraucher können sich aktiv für Fortbildung und lebenslanges Lernen engagieren. Eine nachhaltige Entwicklung von Energienutzung und Mobilität ist auf aktive Verbraucher angewiesen.

Die SPD wird sich in allen Politikbereichen stärker an einer aktiven Mitwirkung der Verbraucherinnen und Verbraucher orientieren. Die Verbraucherpolitik muss ein eigenständiger und starker Politikbereich werden, bei dem die sozialdemokratische Handschrift deutlich erkennbar ist.

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, Handlungsgrundsätze für eine verbraucherpolitische Strategie festzulegen und umzusetzen, die Verbraucherpolitik als Querschnittsaufgabe sieht, Nachhaltigkeit zum Leitbild macht und den Schutz der öffentlichen Güter sowie mehr Demokratie und Transparenz einfordert.
- Die verbraucherpolitische Strategie der Bundestagsfraktion mit den vier Leitprinzipien wird begrüßt:
 - Verantwortung der Hersteller, des Handels und der Verbraucher,
 - ökologische, ökonomische und soziale Vorsorge,
 - Wahlfreiheit der Verbraucher
 - Partnerschaft von Anbietern und Verbrauchern im Hinblick auf die Herausforderungen der Globalisierung.

In diesen Leitprinzipien sehen wir eine geeignete Grundlage zur Konkretisierung und Umsetzung einer aktiven Verbraucherpolitik und:

- beauftragen die Kommission Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft beim Parteivorstand, ihre Arbeit mit Nachdruck fortzusetzen und sich dabei an den obigen Grundsätzen sowie der verbraucherpolitischen Strategie der Bundestagsfraktion zu orientieren,
- regen an, dass sich alle Parteigliederungen und parteinahen Institutionen mit den Anforderungen an eine moderne Verbraucherpolitik beschäftigen, denn

nur so kann die Idee einer aktiven Mitwirkungen der Verbraucherinnen und Verbraucher an der Umgestaltung unserer Gesellschaft Realität werden,

- bitten alle Mitglieder, die europapolitisch aktiv sind, dafür Sorge zu tragen, dass unsere Vorstellungen einer aktiven Verbraucherpolitik Eingang in die europäische Politik finden.

Antrag 299

***Unterbezirk Düsseldorf
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)***

Aktive Verbraucherpolitik

Die Herausforderungen der Globalisierung und Europäisierung, der Umbruch in die Wissensgesellschaft, die immer intensiver und vielfach vernetzten Wirtschafts- und Handelsstrukturen, die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, das Gefälle in der sozialen Gerechtigkeit und die demografische Entwicklung stellen unsere Gesellschaft und die Politik vor große Gestaltungsaufgaben.

Die SPD begegnet diesen Herausforderungen mit dem Reformprozess der Agenda 2010, in deren Rahmen weitere Schritte notwendig werden. Eine solche Anstrengung kann nur erfolgreich werden, wenn der Prozess erweitert wird und die Bürgerinnen und Bürger an den Reformen mitmachen lässt. Die notwendige Umgestaltung zu einer nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft lässt sich nicht verordnen. Sie kann nur gelingen, wenn alle daran mitmachen.

Viele Bürgerinnen und Bürger sehen sich bei den Reformen zurzeit außen vor. Sie sind verunsichert vom Umbau, höherer Eigenverantwortung und bevorstehenden Mehrbelastungen. Sie empfinden in vielen Bereichen Verluste ihres Wohlstandes. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Gefühl, überfordert zu werden. Viele können zu wenig erkennen, dass wir uns in einer Umbruchphase befinden, um wieder mehr Gerechtigkeit zu verwirklichen und

I. Angenommene und überwiesene Anträge

Abkürzungen:

AG	–	Arbeitsgemeinschaft
An	–	Angenommen
Bez	–	Bezirk
BR	–	Überwiesen an Bundesregierung
BTF	–	Überwiesen an Bundestagsfraktion
BV	–	Bezirksverband
IA	–	Initiativantrag
KV	–	Kreis/ Kreisverband
LTF	–	Überwiesen an Landtagsfraktionen
LR	–	Überwiesen an Landesregierungen
LV	–	Landesverband
LO	–	Landesorganisation
OV	–	Ortsverein (Distrikt, Abteilung)
PG	–	Projektgruppe
PR	–	Parteirat
PV	–	Überwiesen an Parteivorstand
PV-A	–	Überwiesen an Parteivorstand/AD HOC Gruppe „Moderne Volks- und Mitgliederpartei“
PV-P	–	Überwiesen an Parteivorstand zur Vorbereitung Grundsatz- programm und Programmparteitag
PV-W	–	Überwiesen an Parteivorstand zur Vorbereitung Fachkonferenz „Zukunft der Wehrpflicht“
SGK	–	Überwiesen an Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik
SPD-EU	–	Überwiesen an SPD-Europaabgeordnete
SPE	–	Überwiesen an Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas
UB	–	Unterbezirk

Angenommene Anträge sind fett gedruckt.

Parteitag Bochum 2003

I. Übersicht über die angenommenen und überwiesenen Anträge

(Die angenommenen Anträge sind fett gedruckt.)

Antrag Nr.	Antragsteller	Stichwort	Entscheidung	Seite
A 1	Parteivorstand	Unser Weg in die Zukunft	An	21
IA 6		Tarifautonomie	An	48
IA 7		Ausbildung für alle!	An	48
IA 10		Innovation fördern	An	51
IA 23		Leitbild Gerechtigkeit	An	53
A 7	Kreis Hamburg-Nord	Soziale Gerechtigkeit	PV-P	54
A 8	Kreis Altona Ortsverein Bahrenfeld (LO Hamburg)	Soziale Gerechtigkeit	PV-P	56
A 10	OV Bremen-Buntentor (LO Bremen)	Wirtschafts- und Steuerpolitik	BTF	70
A 11	Stadtverband Lünen (LV Nordrhein- Westfalen)	Reformen mit Grundwerten	BTF/ BR	71
A 12	OV Pattensen (Bez Hannover)	Umbau und Reformen	BTF	71
A 15	UB Mülheim/ Ruhr (LV Nordrhein- Westfalen)	Positionswechsel in der Steuer- und Abgabenpolitik	PV-P	73
A 16	KV Pinneberg (LV Schleswig- Holstein)	Pflichtabgabe auf Tabak und Alkohol	BTF	75
A 18	UB Hersfeld-Rotenburg (Bez Hessen Nord)	Gegen Entsolidarisierung	BTF	76
A 19	Kreis Charlottenburg – Wilmersdorf (LV Berlin)	Perspektivantrag und Gesellschaft	PV-P	77
A 20	Abteilung Grunewald (LV Berlin)	Perspektivantrag und Gesellschaft	PV-P	77
A 22	OV Briennerviertel (LV Bayern)	Interne Streitkultur	PV	77
A 29	KV Lübeck (LV Schleswig-Holstein)	Internationaler Währungsfond	BTF	78

Antrag Nr.	Antragsteller	Stichwort	Entscheidung	Seite
A 296	AG sozialdemokratischer Frauen	Kopftuchurteil	PV/ PR	189
A 297	UB Frankfurt/ Main (Bez Hessen-Süd)	Ganztagsschulen und Ferienzeiten	Material LTF	190
IA 1		Energiepolitische Agenda 2010	An	190
A 298	LV Schleswig-Holstein	Verbraucherpolitik	An	195
A 299	UB Düsseldorf (LV Nordrhein-Westfalen)	Verbraucherpolitik	PV	196
A 300	AG sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen	Reform Rechtsberatungsgesetz	BTF	199
A 301	UB Kreis Mettmann (LV Nordrhein-Westfalen)	Finanzierung der Schuldnerberatung	BTF/ LTF	199
A 302	UB Frankfurt/ Main (Bez Hessen-Süd)	Rendite bei Geldanlagen	PV/ BR	199
A 303	UB Frankfurt/ Main (Bez Hessen-Süd)	Formulare zur Steuererklärung	PV/ BR	200
A 304	UB Frankfurt/ Main (Bez Hessen-Süd)	Tatsächlicher Effektivzins	PV/ BR	200
A 305	KV Pinneberg (LV Schleswig-Holstein)	LVA's und BfA zusammenlegen	BTF/ BR	200
A 306	KV Böblingen (LV Baden-Württemberg)	Tabakwerbung	BR	200
A 307	KV Mannheim (LV Baden-Württemberg)	Präimplantationsdiagnostik	BTF	200
A 308	UB München (LV Bayern)	AIDS-Prävention	BR	200
A 309	KV Berchtesgadener Land (LV Bayern)	Organspende	BTF/ BR	201
A 311	OV Schwerin-Südstadt (LV Mecklenburg-Vorpommern)	Alkohol im Straßenverkehr	BTF	201
A 312	OV Leiferde (Bez Braunschweig)	Sprache von Anträgen	An	201
IA 9		Elektronische Abstimmungs- maschinen	An	201
A 313	UB Werra-Meißner (Bez Hessen-Nord)	Umgestaltung des Vorwärts (1. Satz)	PV	201



Parteitag der SPD in Bochum

17. bis 19. November 2003

Beschlüsse

Das Wichtige tun.



SPD